



## Marktgemeinde Bad Waltersdorf

Pol. Bezirk: Hartberg-Fürstenfeld  
8271 Bad Waltersdorf, Hauptplatz 2

Bearbeiter: Elisabeth Ziegler  
Tel.: 03333/2321-213  
Fax: 03333/2321 204  
E-Mail: [gde@bad-waltersdorf.gv.at](mailto:gde@bad-waltersdorf.gv.at)

Aktenzahl: B-2019-1176-00003  
Bad Waltersdorf, am 11.04.2019

**Gegenstand: Christoph Hiebler, 8271 Bad Waltersdorf  
Neubau eines Einfamilienwohnhaus, Neubau einer Garage und  
einer Eingangsüberdachung sowie Geländerveränderungen**

### Kundmachung und Ladung zur Bauverhandlung

Mit der Eingabe vom **09.04.2019** hat **Christoph Hiebler, 8271 Bad Waltersdorf**, gemäß § 22 Abs. 1 des Steiermärkischen Baugesetzes (BauG), LGBl. Nr. 59/1995, in der geltenden Fassung, um die Erteilung der Baubewilligung für den **Neubau eines Einfamilienwohnhaus, Neubau einer Garage und einer Eingangsüberdachung sowie Geländerveränderungen** auf dem Bauplatz, bestehend aus dem Grundstück Nr.: **2294**, aus der EZ: **64157/00343**, in der **KG Waltersdorf (64157)**, angesucht.

Hierüber wird im Sinne der §§ 39 bis 44 AVG 1991, BGBl. Nr. 51, i. d. g. F., die Bauverhandlung auf Antrag für

**Freitag, den 03.05.2019, um ca. 10:30 Uhr**

mit dem Zusammentritt **im Gemeindeamt der Marktgemeinde Bad Waltersdorf** angeordnet.

**Die neuerliche Verhandlung ist notwendig, weil sich die Situierung der baulichen Anlage um einige Meter in Richtung Süd-Westen verlagert.**

Verhandlungsleiter: Bgm. Hauptmann Josef

Dem Ansuchen würde stattgegeben werden, sofern sich nicht von Amts wegen Bedenken dagegen ergeben.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter beteiligter Stellen oder Personen haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Gemäß § 26 Abs. 1 Strmk BauG gilt:

Der Nachbar kann gegen die Erteilung der Baubewilligung Einwendungen erheben, wenn diese sich auf Bauvorschriften beziehen, die nicht nur dem öffentlichen Interesse, sondern auch dem Interesse der Nachbarn dienen (subjektiv-öffentlichrechtliche Einwendungen). Das sind Bestimmungen über

1. die Übereinstimmung des Vorhabens mit dem Flächenwidmungsplan und einem Bebauungsplan, soweit damit ein Immissionsschutz verbunden ist

2. die Abstände (§ 13);
3. den Schallschutz (§ 77 Abs. 1)
4. die brandschutztechnische Ausführung der Außenwände von Bauwerken an der Nachbargrenze (§ 52 Abs. 2)
5. die Vermeidung einer sonstigen Gefährdung oder unzumutbaren Belästigung bzw. unzumutbaren Beeinträchtigung (§ 57 Abs. 2, § 58, § 60 Abs. 1, § 66 zweiter Satz und § 88)
6. die Baueinstellung und die Beseitigung (§ 41 Abs. 6).

**Ein(e) Nachbar(in) verliert seine/ihre Stellung als Partei, soweit er/sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde, dort während derer Amtsstunden (Montag bis Freitag: 8 Uhr – 12 Uhr, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag: 14 Uhr – 17 Uhr) einlangend schriftlich, oder während der Verhandlung mündlich Einwendungen im Sinne des § 26 Abs. 1 Stmk BauG erhebt. (§ 25 Abs 2 iVm § 27 Abs 1 Stmk BauG).**

Die für das Verfahren eingereichten Unterlagen, insbesondere das Projekt, liegen bis zum Tage vor der Bauverhandlung während der Amtsstunden im Marktgemeindeamt Bad Waltersdorf zur allgemeinen Einsicht auf.

Der Bürgermeister  
Josef Hauptmann  
(elektronisch gefertigt)